

Im Jahre 1968 wurde zudem die Deutsche Kommunistische Partei neu konstituiert, die einzige Partei in der BRD, die, von einer wissenschaftlichen Weltanschauung geleitet, uneingeschränkt für den gesellschaftlichen Fortschritt kämpft. Damit war ein organisatorischer Kristallisationskern geschaffen, in dem sich die Einheit von weltverändernder Theorie und Praxis verkörpert und von dem starke Impulse für ein unverfälschtes Kennenlernen der Klassiker des Marxismus-Leninismus wie für einen zielstrebigem Kampf um Demokratie und Sozialismus in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens nicht zuletzt unter der arbeitenden und studierenden Jugend auszugehen begannen und den Prozeß der Bewußtwerdung gerade bei jungen Menschen im Vergleich zur vorherigen Situation erfreulich voranbrachten./9/

Das waren einige wesentliche auslösende Faktoren, die bewirkten, daß man einen massiven Riegel vorschieben wollte, „als ein großer Teil der in der studentischen Revolte kritisch gewordenen jungen Generation begonnen hat, ihre Examina zu machen und vorher lediglich gefühlsbetonte, antikapitalistische Vorstellungen in strategische Ziele zu übersetzen“./10/

Der innenpolitische Aspekt ist selbstredend nicht von dem außenpolitischen zu trennen. Die von der SPD-FDP-Koalition eingeleitete, als „neue Ostpolitik“ bezeichnete Kursänderung, die von allen Friedensfreunden begrüßt und von der CDU/CSU-Opposition wütend attackiert wurde, hatte die „unangenehme“ Konsequenz, daß das konservierte antikommunistische Feindbild sich in den Augen großer Bevölkerungsteile sichtlich zu trüben anfang. Der Bundesverband der Deutschen Industrie, einer der Spitzenverbände des BRD-Monopolkapitals, beklagte in einem Brief an alle westdeutschen Kultusminister im April 1971 ein „Nachlassen des emotionalen Antikommunismus“./11/ Die Realitäten in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft, die von ihnen betriebene Politik der Entspannung und Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, die zwangsläufig mehr ins Blickfeld der Öffentlichkeit rückten, deckten sich einfach nicht mit den primitiven Zerrbildern des lebendigen Sozialismus aus den Alchimistenküchen der imperialistischen Propaganda. Die Berufsverbotsbeschlüsse waren dazu ausersehen, den antikommunistischen Popanz zu restabilisieren.

Deshalb gilt die generelle Feststellung, daß die Politik der Berufsverbote eine Reaktion auf das Scheitern der Politik der Stärke nach innen und außen und auf das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt ist, der verzweifelte, aber immer aussichtslosere Versuch reaktionärer Kräfte, verlorengegangenes Terrain zurückzugewinnen./12/

### Tradition der Reaktion

In anderen, ebenfalls der „Europäischen Gemeinschaft“ angehörenden Ländern, wie Frankreich und Italien, gibt es keine derartige umfassende Berufsverbotspraxis. Das heißt nicht, daß es für Kommunisten und andere Demokraten nicht Behinderungen geben könnte und

/9/ Laut Wiedergabe durch den CDU-Abgeordneten Miltner Im Bundestag sollen nach einer Umfrage bei hessischen Junglehrern 80,9 Prozent von ihnen der Ansicht sein, daß nicht Klassenharmonie, sondern der Klassenkonflikt Grundbestandteil der BRD-Gesellschaft sei; 56,7 Prozent hätten der These zugestimmt, daß der Bundestag Herrschaftsinstrument ökonomischer Machtgruppen und nicht wirkliches Volksorgan sei. Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 132. Sitzung vom 15. November 1974, S. 8985.

/10/ Abendroth, in: Wortlaut und Kritik ... , S. 8.

/11/ BDA-Brief an alle Kultusminister, dpa-Meldung vom 7. April 1971.

/12/ Vgl. Kurz/Roßmann, „Entscheidende Phase im Kampf gegen den neuen McCarthyismus — Ausmaß und Grenzen der Politik der Berufsverbote“, Blätter für deutsche und internationale Politik 1975, Heft 5, S. 497.

auch gibt, in den Staatsdienst zu gelangen. Doch die gegenwärtige diesbezügliche Lage ist nicht entfernt mit der in der BRD vergleichbar. Der Pariser Professor für politische Wissenschaft Alfred Grosser bemerkte zur Bonner „Bekämpfung des Linksradikalismus“, sie hätte „Formen angenommen, die, von Frankreich aus gesehen, erschreckend sind“./13/

Fragt man nach den Ursachen für dieses unterschiedliche Verhalten, so dürfte aktuell sicherlich die Vorposten-Ideologie des BRD-Imperialismus von Belang sein, die ein Reflex des durch den zweiten Weltkrieg erlittenen Machtverlustes ist, der von Jahr zu Jahr durch die unmittelbare Konfrontation mit dem Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR viel nachhaltiger empfunden wird als in anderen Ländern Westeuropas das sich zunehmend zugunsten des Sozialismus verändernde Kräfteverhältnis in der Welt überhaupt.

Aber diese Haltung, insbesondere alle Versuche, die „Verteidigungslinie“ der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ (lies: der bestehenden Machtverhältnisse) gegen die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse und ihre gesellschaftlich-politische Umsetzung „vorzuverlegen“, kann zureichend nur historisch erfaßt werden, indem man die tieferliegenden Wurzeln einer solchen spezifischen Unterdrückungspolitik freilegt.

Es gibt in der BRD kein treffenderes Demonstrationsobjekt für das Anknüpfen an fortschrittsfeindliche Traditionen aus dem 19. und dem 20. Jahrhundert, das die Kontinuität des obrigkeitstaatlichen Denkens in Freund-Feind-Kategorien zeigt, als die Politik der Berufsverbote. Die Berufsverbotsbeschlüsse und ihre Praktizierung in der BRD haben historische Vorläufer, Vorbilder, die böse Erinnerungen wecken./14/ Stationen sind die „Karlsbader Beschlüsse“ von 1819, die die Handhabe für die „Demagogen-Verfolgungen“ lieferten, der Kölner Kommunistenprozeß von 1852, der die Entfaltung der Arbeiterbewegung als selbständige revolutionäre Kraft aufhalten sollte, und das Bismarcksche „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ von 1878.

Eine der ersten Maßnahmen des Hitlerfaschismus war das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 (RGL I S. 175), wonach „Beamte, die nach ihrer bisherigen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“, aus dem Dienst entlassen werden konnten (§ 4). Hatten sich Sozialdemokraten zunächst noch der Illusion hingegeben, nur Kommunisten würden betroffen sein, so wurden sie rasch eines Schlechteren belehrt. In dem durch Ergänzungsgesetz vom 20. Juli 1933 eingefügten § 2a Abs. 2 hieß es: „Zu entlassen sind auch Beamte, die sich in Zukunft im marxistischen (kommunistischen oder sozialdemokratischen) Sinne betätigen.“ Der Kreis der Gemäßigten, von denen viele ins KZ kamen und ermordet wurden, ging bekanntlich über Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden weit hinaus.

Die Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus auf dem Gebiet der BRD schloß die Unterordnung des Staatsapparates unter dessen Interessen ein. Ein Jahr nach Bildung der BRD erließ die Adenauerregierung einen Beschluß vom 19. September 1950 über die „Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Ordnung“ (GMB1.

A3/ Grosser, „Wo sich die Geister scheiden“, Die Zeit 1974, Nr. 3, S. 3.

/14/ Vgl. dazu im einzelnen Bünemann, „Zur Kontinuität der Berufsverbotspraxis von Metternich zu den Ministerpräsidentenbeschlüssen“, Blätter für deutsche und internationale Politik 1975, Heft 3, S. 316 ff.; ferner Benseler, in: Wortlaut und Kritik ... , a. a. O., S. 18.